

die Geschichte lehrt wird der fällige Fußtritt für den Mohren, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat, folgen. Offen erklärt die CDU-Führung, daß sie diesen Fußtritt schon eingeplant habe.

Nicht minder schädlich wäre natürlich die Politik einer SPD, die formal in „Opposition“ steht, deren Abgeordnete im Bundestag hier und da recht forsch klingende Reden halten, die in Wirklichkeit aber in der Außenpolitik, in der Deutschlandpolitik, in der Rüstungspolitik und in der Wirtschaftspolitik die Linie der CDU/CSU unterstützt und auf eine Alternative verzichtet.

Die Wahlen haben bewiesen, daß die SPD die bürgerlichen Parteien auf dem Gebiete nationalistischer Propaganda nicht zu übertrumpfen vermag. Nicht wenige westdeutsche Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß das Auftreten von Wenzel Jaksch der SPD schadet, die Glaubwürdigkeit ihrer Politik im In- und Ausland herabmindert.

Auch auf dem Gebiete der Aufrüstung kann die SPD die bürgerlichen Parteien nie übertrumpfen. Das kann sie schon mit Rücksicht auf die Stimmung ihrer Mitglieder und potentiellen Wähler nicht tun. Die teilweise Unterstützung der Pläne der Erhard-Regierung für die Vorbereitung einer Notstandsdictatur löst bei den Werkträgern Mißtrauen aus. Wir meinen auch, daß es der SPD keine Wähler wirbt, wenn ihre Führung in der Frage der erweiterten Mitbestimmung eine - vorsichtig ausgedrückt - unklare Haltung einnimmt. Wir sind der Ansicht, daß es für die SPD verhängnisvoll wäre, wenn sie sich von der Bourgeoisie gegen die Gewerkschaften ausnützen ließe.

Notwendig wäre, in Abgrenzung von der CDU eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die den Interessen des Volkes entspricht. Nachdem Herr Erhard die formierte Gesellschaft des Großkapitals mit all ihrer Ausbeutung der Menschen, der Erhöhung der Rüstungslasten und mit den Preissteigerungen begründete, erwartet das werktätige Volk eine Alternative. Das um so mehr, als die technische Revolution und speziell die Automatisierung im Kapitalismus ungeheure Auswirkungen auf die Werkträgern haben. Das Eintreten der SPD für die „freie Marktwirtschaft“ des Kapitalismus kann offensichtlich doch kein geeignetes Mittel sein, um bei den Werkträgern Westdeutschlands Stimmen zu gewinnen. Sie können sich doch gerade heute davon überzeugen, wie die kapitalistische „freie Marktwirtschaft“ einer Regierung der Monopole die Möglichkeit gibt, mit Preis- und Tarifierhöhungen und anderen Belastungen das Volk für die eigene verfehlte Politik zahlen zu lassen.